

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

GZ:BMNT-UW.1.5.7/0022-EU-Koord UW/2018

Wien, am 17. Mai 2018

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

19/4.1

Gegenstand: Bericht über die Tagung des Rates der EU (Umwelt)
am 5. März 2018 in Brüssel

Am 5. März 2018 fand die letzte formelle Ratstagung (Umwelt) unter bulgarischem Vorsitz statt. Den Vorsitz führte Minister Neno Dimov.

Die EK war durch KM Miguel Arias Cañete (Klima) und KM Karmenu Vella (Umwelt) vertreten.

Die österreichische Delegation wurde von Bundesministerin Elisabeth Köstinger geleitet.

TOP Mitteilungen zur Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft

a) Europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft

b) Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft

c) Umsetzung des Pakets zur Kreislaufwirtschaft: Optionen zur Regelung der

Schnittstelle zwischen Chemikalien-, Produkt- und Abfallrecht

= Gedankenaustausch

Im Rahmen der Umsetzung des EU-Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft bis zum Jahr 2020 verabschiedete die **EK** am 16. Jänner 2018 ein „Minipaket Kreislaufwirtschaft“. Das Paket besteht aus der EU-Strategie für Kunststoffe („Plastik-Strategie“), dem Überwachungsrahmen für Fortschritte auf dem Weg zu einer Kreislaufwirtschaft sowie Optionen zur Regelung der Schnittstelle zwischen Chemikalien-, Produkt- und Abfallrecht.

Alle Mitgliedsstaaten (MS) befürworteten die drei Initiativen der **EK** und stimmten überein, dass das Recycling von Kunststoffen immer mehr an Bedeutung gewinnen werde. Dafür muss aber eine gute Qualität der Rezyklate sichergestellt sein. Viele MS monierten einheitliche, europaweite Standards und eine Beschränkung besorgniserregender Stoffe in Produkten. **AT** unterstrich die Notwendigkeit von Anreizen für Innovationen, Forschung und Entwicklung, für intelligentere und recyclingfähigere Kunststoffe und für effizientere Recyclingverfahren. Seitens AT wurde zudem betont, dass Produkte von vornherein so gestaltet werden sollten, dass sie später leichter repariert, wiederverwendet oder recycelt werden können.

TOP Ökologisierung des Europäischen Semesters

= Gedankenaustausch

Ziel des „Greening“ ist die Ökologisierung des Europäischen Semesters. Nicht nur wirtschafts-, sozial- und standortpolitische, sondern auch verstärkt ökologische Maßnahmen sollen getroffen werden, um einen Beitrag zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten. Die Generaldirektion Umwelt schlug letztes Jahr zwei Initiativen vor, die zwar an die Greening-Initiative gekoppelt sind, aber darüber hinausgehen – namentlich den „Environmental Implementation Review“, der die Umsetzung des Umweltacquis verbessern soll sowie einen Aktionsplan für eine bessere Sicherstellung der Umsetzung des Umweltrechts und eine bessere Umweltordnungspolitik („Environmental Compliance Assurance“).

Alle MS unterstrichen ihren Willen zur Verbesserung des Zustands der Umwelt und anerkannten, dass man relevante Bestimmungen auf europäischer Ebene in regelmäßigen Abständen überprüfen müsse. **AT** befürwortete, wenn die **EK** aus den Berichten allgemeine Schlussfolgerungen für die Umweltsituation in der ganzen EU träge.

TOP Sonstiges

Neben Informationen des Vorsitzes und diverser Mitgliedsstaaten, gab Polen als Vorsitz der COP24 in Katowice (24. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, 3.-14. Dezember 2018) unter dem Punkt „Sonstiges“ eine klare Präferenz für den Abschluss des Umsetzungspakets des Paris Work Programme zu erkennen. AT begrüßte, dass man als kommendes Vorsitzland der EU mit einem EU-MS zur COP zusammenarbeiten werde und betonte, sich intensiv dafür einzusetzen, die EU bestmöglich auf die Verhandlungen vorzubereiten.

Am Rande des Rates fanden zudem bilaterale Gespräche zur Vorbereitung des EU Vorsitzes mit den Niederlanden, Schweden, Spanien, Polen und Luxemburg statt. Luxemburgs Ministerin Carole Dieschbourg kündigte dabei die Unterstützung für die österreichische Nichtigkeitsklage gegen die Beihilfenentscheidung der Europäischen Kommission betreffend Ausbau des Atomkraftwerkes PAKS II in Ungarn an.

Ich stelle den

Antrag:

Die Bundesregierung möge diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Die Bundesministerin:

Köstinger